

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.

Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.

Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebels.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.

Schriftleiter Hans Särchen, Baruth (Mark).  
Druck und Verlag: Buchverlag J. Särchen, Baruth (Mark).  
Fernsprecher Nr. 217. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 54

Sonnabend, den 6. Mai

1933

## Stellungskrieg in Genf.

Aus den bisherigen Verhandlungen des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz in Genf hat sich auf deutscher Seite deutlich der Eindruck ergeben, daß erneut von den sich zu einer engen Front zusammenschließenden Großmächten versucht wird, die deutsche Abordnung unter stärksten Druck zu setzen, um ein Abgeben Deutschlands in den entscheidenden Punkten der Abrüstungsverhandlungen zu erreichen. Allgemein aufgefallen ist auch, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten offenbar unter dem Einfluß der letzten Washingtoner Verhandlungen sich gegen jede Abänderung des englischen Planes und damit gegen die deutschen Wünsche wandte. Die Taktik der Gegenseite ist jetzt ausschließlich darauf abgestellt, eine Isolierung Deutschlands zu erreichen und durch stärkste Einschüchterungsversuche eine möglichst sofortige Annahme des englischen Abrüstungsplanes durchzusetzen, ohne den deutschen Interessen Rechnung tragende Abänderungen anzubringen. — Der Vertreter der italienischen Regierung hat sich in den letzten Verhandlungen aus taktischen Gründen vollständige Zurückhaltung auferlegt, ohne den deutschen Standpunkt ausdrücklich zu unterstützen, da Italien sich die endgültige Stellungnahme zum englischen Abrüstungsplan bis zum Abschluß der Verhandlungen vorbehalten will. Nach deutscher Auffassung muß jedoch entgegen dem gewissen beim Präsidium der Konferenz bestehenden Tendenzen nimmere die erste Lesung des gesamten Abrüstungsabkommens uneingeschränkt durchgeführt werden, da sich erst dann die Einigungsmöglichkeiten abzeichnen werden. Jedoch findet die an sich vorhandene deutsche Verständigungsbereitschaft ihre Grenzen in den vier große deutsche Lebensinteressen berührenden Fragen:

1. Zahl der effektiven deutschen Truppenbestände;
2. das deutsche Heeresystem;
3. die praktische Gleichberechtigung im gesamten Kriegsmaterial;
4. grundsätzliche Gleichberechtigung Deutschlands im Abrüstungsabkommen.

Von der Berücksichtigung dieser vier deutschen Grundforderungen wird die endgültige deutsche Stellungnahme zum englischen Plan abhängig sein. Die deutsche Delegation in Genf ist im Einklang mit den maßgebenden Bestrebungen der deutschen Bevölkerung, eine Einigung zu erreichen. Dafür zeugt das Kompromiß in der Polizeifrage, das bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit eines deutschen Entgegenkommens geht. Nach dem Kompromiß sollen 10 Prozent des Heeresbestandes eines jeden Landes als militärisch ausgebildete Polizeiträfte zulässig sein. Für Deutschland würde bei einer in dem en-

gesehen Plan vorgesehenen Gesamtheeresstärke von 200 000 Mann die Aufstellung militärischer Polizeiträfte von 20 000 Mann ergiebt sein. Von den für militärisch erklärten deutschen Polizeiträften in Höhe von 38 000 Mann würden 18 000 Mann bei der Festlegung der deutschen effektiven Truppenbestände in Abrechnung gebracht werden.

Es scheint aber, als ob man für die friedliebende Haltung Deutschlands in Genf sehr wenig Verständnis bei den anderen Staaten hat, denn die Debatte, die im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz geführt wurde, hat wieder gezeigt, daß eine Ablehnung der deutschen Forderung, wonach in der Nähe der Heimat stationierte Kolonialtruppen in Kriegszeiten nicht im Heimatland verwendet werden sollen, durch Frankreich und die Unterstützung Englands gefunden hat. Man hat sogar die Überweisung dieses Planes an die ständige Abrüstungskommission allgemein abgelehnt. Ebenso hat man auf der Forderung einer Veränderung des deutschen Heeresystems bestanden. Sogar der Vertreter der Vereinigten Staaten hat die deutsche Forderung auf Beibehaltung des jetzigen deutschen Heeresystems bekämpft. Der deutsche Vorgesandter Adolyn war dauernd genötigt, den Vertretern aller übrigen Staaten entgegenzutreten und zu betonen, daß Deutschland bereits bis an die äußerste Grenze der Verständigungsbereitschaft gegangen sei.

Es wird unter den jetzt in Genf geschaffenen Umständen sehr darauf ankommen, daß die deutsche Regierung an dem einmal gesteckten Ziel festhält und gleichzeitig vor aller Welt den Beweis führt, daß die Verletzung der von allen anderen Staaten im Viat von Versailles übernommenen Abrüstungsverpflichtung die Ursache für ein Scheitern der Abrüstungskonferenz werden kann. Es muß noch stärker als bisher der Welt bewiesen werden, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage Forderungen zu stellen hat, die die anderen Staaten zu erfüllen haben, und zwar auf Grund aller bestehenden Verträge.

Für die ganze Welt muß die Erklärung des Reichstanzlers gegenüber dem polnischen Gesandten ein neuer Beweis für den Friedenswillen der nationalen Regierung sein, und man muß hoffen und wünschen, daß diese Erklärung des Reichstanzlers in der Presse der ganzen Welt verstanden wird und ein entsprechendes Echo findet. Es ist bisher in vielen französischen, englischen und auch amerikanischen Blättern üblich gewesen, daß Erklärungen des Reichstanzlers oder des Außenministers über den unbedingten Willen Deutschlands zum Frieden einfach unterdrückt wurden. Das Echo der jetzigen Kanzlererklärung wird zeigen, in welchem Umfange die Welt bereit ist, mit dem friedliebenden Deutschland zusammenzuarbeiten.

## Aufruf des Reichstanzlers.

Zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit.

Reichstanzler Adolf Hitler erläßt folgenden Aufruf:

Ein demütigender Tag ist vorüber, der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigenden, noch nie dagewesenen Kundgebungen hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertums betannt. Über ganz Deutschland hin hat dieses unüberwindliche Bestreben in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden. Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeigehen, ohne daß der elementare Gefühlsausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet und ohne daß dieses ideale Bestreben auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.

Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterstandes, denen das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem fürchterlichen Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit gelieben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation der Anlaß sein,

eine Stiftung zu errichten, aus der von jetzt an allen Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird.

Es darf nicht genug vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der Begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.

Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf.

Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Beruf tödlich verunglückt sind, unterstützt werden.

Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerstörbaren Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander werden.

Spenden für diese Stiftung können auf das Konto „Stiftung für Opfer der Arbeit“ bei der Reichsfriedfertigkeitsgesellschaft-Berlin W 8, Konto Nr. 1113 49 eingezahlt werden. Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenauschuß bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walter Schumann, Fritz Höffner, Dr. Emil Georg v. Stauff.

## Keine Einzelunternehmungen bei der Gleichschaltung der Sportverbände.

Der Reichsminister des Innern gibt bekannt: Nach den Feststellungen des Reichsportkommissars sind überall im Reich Bestrebungen im Gange, die sportlichen Einrichtungen, insbesondere die einzelnen Spitzenverbände, entsprechend den vom Reichstanzler in dem Regierungsprogramm vom 23. März 1933 verkündeten Richtlinien gleichzuschalten. Damit die unbedingte Gleichmäßigkeit aller sportlichen Bestrebungen und Maßnahmen im Reich gewährleistet wird, erlaube ich, teinerlei Einzelunternehmungen irgendwelcher Art ohne ausdrückliche Zustimmung des Reichsportkommissars vorzunehmen.

## Uniformverbot in Oesterreich.

Wien. Der österreichische Ministerrat hat ein Uniformverbot beschlossen. Danach soll das Tragen aller jener Uniformen verboten werden, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei kennzeichnen. Von dem Verbot sollen die Organisationen ausgenommen sein, deren Mitglieder in den freiwilligen Hilfskörperschaften (Sils-polizei) verwendet werden. Nach den bisherigen Verlautbarungen sind das Wehrabteilungen der Parteien, die der Regierung nahesteht.

## Im Willen der Nation.

Aufruf des neuen Reichsführers des NSD. Der neue Reichsführer des Vereins für das Deutschtum im Ausland (NSD), Dr. Hans Steinauer, erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Ein ganz neues deutsches Reichs- und Volksgefühl aus dem Willen des Führers der deutschen Nationalbewegung ist im Werden. Wir sind als Träger der volksdeutschen Idee stolz, daß wir keiner „Gleichschaltung“ unseres Gedanktums bedürfen. Die nationale Revolution hat das deutsche Leben in seinen Grundlagen des Volkstums stärkstens sichtbar gemacht. In diesem Volkstum sind wir unverwundlich mit jenem Deutschtum verbunden, das Staatsgrenzen von uns trennen, und das vor der Reichsgrenze in Abwehr um deutsches Leben und deutsche Ehre ringt. Wir wollen auch im Innern des Reiches kämpferische, schärfte Kämpfer sein, daß unser deutsches Volk, deutsche Leben, deutsche Kultur und deutsches Empfinden nicht mehr mit den Grenzen des Staates eingeeignet werden.

## Polens Antwort.

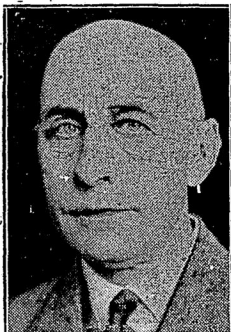
Der deutsche Gesandte in Warschau bei dem polnischen Außenminister.

Der deutsche Gesandte in Warschau, v. Moltke, ist im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Reichstanzler Hitler, Reichsaußenminister v. Neurath und dem polnischen Gesandten in Berlin, Wysocki, am Donnerstag vom polnischen Außenminister Beck empfangen worden. Im Anschluß hieran wurde eine amtliche polnische Verlautbarung herausgegeben, in der eingangs darauf hingewiesen wird, daß die Tatsache der Unterredungen in Berlin beruhigend auf die deutsch-polnischen Beziehungen eingewirkt habe. Dann wird erklärt, daß die polnische Regierung entschlossen sei, sich in ihrem Verhalten und Vorgehen streng an die verpflichtenden Verträge zu halten. Außenminister Beck habe dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß beide Länder ihre gemeinsamen Interessen leidenschaftlos behandeln und prüfen müßten.

Die verbale Erklärung, in der Reichstanzler Adolf Hitler „die feste Absicht der Regierung, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der Verträge zu halten“, betonte, hat vorläufig in der polnischen Presse nur ein schwaches Echo gefunden. Die gesamte polnische Presse hat sich auf eine kommentarlose Veröffentlichung der deutschen amtlichen Meldung beschränkt und sogar über eine zweite Konferenz, die zwischen dem Außenminister v. Neurath und dem polnischen Gesandten Wysocki stattfand, noch keine Berichte veröffentlicht.

Die Erklärung des Reichstanzlers beweist ein so außerordentliches Maß von Friedenswillen, daß Polen nunmehr allein die Schuld an jeder Gefahr trägt, die irgendwo an der deutsch-polnischen Grenze aufsteht, und an allen Vermittlungen, die sich zwischen Deutschland und Polen etwa noch an anderen Stellen ergeben sollten.

Auffallenderweise ist nach vorliegenden Mitteilungen das Echo der deutschen amtlichen Meldung in der Pariser Presse recht stark. Es wird zum ersten Male betont, daß der Reichstanzler den Friedenswillen Deutschlands in dieser Unterredung sehr klar zum Ausdruck gebracht habe.



Zum Präsidenten des Reichsluftfliegerbundes, der Organisation zur Förderung des für Deutschland so notwendigen Luftfluges, hat Luftfahrtminister Göring den Generalleutnant a. D. Hugo Grimme ernannt. Grimme hat im Weltkriege die deutsche Flugabwehr organisiert und geführt.